



über die 3. Sitzung
des Behindertenbeirates
am Montag, dem 5. Dezember 2005
im Konferenzraum im Untergeschoss
der Städt. Sparkasse Kamen

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD

Frau Dreher
Frau Hartig
Frau Jung
Herr Rickwärtz-Naujokat

Ratsmitglieder CDU

Frau Borowiak
Herr Weber

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen SPD

Frau Werner

Sachkundige Bürger/Bürgerinnen CDU

Frau Sander
Herr Tuxhorn

Sachk. Bürger/Bürgerinnen Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Sandrock

Vertreter/Vertreterinnen der Gruppen und Verbände

Herr Brumberg
Herr Clausing
Frau Fischer
Herr Gaber
Herr Hackländer
Herr Hunsdiek
Frau Keil
Frau Lehmkühler
Herr Schlüter
Frau Schneider
Frau Tönnies
Frau van Lück
Frau Wagner

Verwaltung

Herr Brüggemann
Frau König
Herr Steffen

Gäste

Herr Hartlieb, Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz, Kreis Unna
Herr Wenge, Städt. Sparkasse Kamen

entschuldigt fehlten

Herr Dr. Frey
Herr Grüneberg
Herr Klemme
Herr Krüger
Frau Müller
Herr Dr. Saur
Frau Sekunde
Frau Dr. Weskamp

Frau **Jung** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Behindertenbeirates in den Räumlichkeiten der Städt. Sparkasse Kamen und begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte sie Herrn Wenge von der Städt. Sparkasse Kamen und Herrn Hartlieb vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna als Referenten.

Änderungen der Tagesordnung ergaben sich nicht.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung nahm Frau Jung die Verpflichtung neuer Beiratsmitglieder mittels folgendem Text vor:

„Ich verpflichte Sie, dass Sie Ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werden, so wahr Ihnen Gott helfe“.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Volkswirtschaftlicher Ausblick 2006 / Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der Belange Behinderter Referent: Herr Wenge, Städt. Sparkasse Kamen	
2.	Zentrum für Patientenberatung in Trägerschaft des Kreises Unna Referent: Herr Hartlieb, Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna	
3.	Anregungen aus den Behindertenverbänden	
4.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Volkswirtschaftlicher Ausblick 2006 / Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der Belange Behinderter
Referent: Herr Wenge, Städt. Sparkasse Kamen

Vor dem Einstieg in seinen Folienvortrag erläuterte Herr **Wenge**, dass zurzeit die Saison der Volkswirte sei, da die Sparkasse jetzt die volkswirtschaftlichen Analysen von den Instituten erhält, mit denen sie zusammen arbeitet, und daneben ein Abgleich mit den in der Fachpresse veröffentlichten Prognosen durchführt wird.

Aus diesen Analysen wird eine ‚Hausmeinung‘ definiert, die dann Bestandteil der Geschäftspolitik, z.B. für die Zins- und Produktsteuerung wird.

Herr Wenge erläuterte, dass die USA als Importland in dem ISM-Manufacturing-Index (Einkaufsmanager-Index) ein Wachstum aufweisen. Zudem deuten weitere Indizes auf ein aufgehelltes Geschäftsklima in den USA hin. Bei diesen Bewertungen seien die direkten und indirekten Folgen der Wirbelstürme noch nicht enthalten, man rechne jedoch nicht mit nachhaltigen Änderungen.

Mittelfristig bestehe keine Rezessionsgefahr, da der hohe Ölpreis bereits verkraftet ist und die Beschäftigtenzahl steigt. Hier sei privater Konsum die wesentliche Konjunkturstütze.

Zu dem Zinsniveau in den USA und Deutschland führte Herr Wenge aus, dass der Zinsabstand zwischen den beiden Ländern bei ca. 1,5 - 2,0 % liege. Im nächsten Jahr sei nur ein moderater Zinsanstieg zu erwarten, da die amerikanische Notenbank die erwarteten Zinserhöhungen bereits vorgenommen habe. Laut Protokollen der FED sieht diese den Zinserhöhungszyklus derzeit als abgeschlossen an.

Aufgrund der schwachen, aber durchaus vorhandenen Konjunktur in Europa in Verbindung mit der Zinspolitik der EZB und auch unter Würdigung des bestehenden Liquiditätsüberschusses (Spareinlagen der Kunden, die von der Sparkasse auch in festverzinslichen Wertpapieren angelegt werden) wird auch in Deutschland nur ein leichter moderater Zinsanstieg zu erwarten sein.

Das Wachstumspotential in Europa ist trotz stimulierender Geldpolitik und guter Auslandsnachfrage eher bescheiden. In Deutschland wird im Jahr 2006 mit einem leichten Anstieg des privaten Konsums gerechnet, dies jedoch nur durch den sogenannten Vorzieheffekt aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007, in dem dann ein privater Nachfrage-rückgang erwartet wird.

Der Anstieg der Verbraucherpreise liegt - entgegen dem Ziel der EZB von 2,00 % - derzeit bei 2,5 %, insbesondere verursacht durch den Ölpreis.

Gefahren für die Konjunktur drohen durch einen dauerhaft hohen Ölpreis, der nicht nur den privaten Verbraucher direkt, sondern auch das produzierende Gewerbe trifft und damit durch die Umwälzung der Kosten auch wieder den Endverbraucher.

Die Aufwärtsrisiken bei der Preisentwicklung sind stärker geworden, sollten jedoch aufgrund der Beruhigung der Ölpreise und der noch immer niedrigen Kernrate der Inflation beherrschbar bleiben. Als Gegenmaßnahme erfolgt von der EZB eine Anhebung des Tendersatzes (Refinanzierungssatz für kurzfristige Kredite von Banken/Sparkassen bei der EZB) von 2,0 % auf 2,5 %. Gleichzeitig erfolgt jedoch eine Ankündigung, dass keine Reihe von Zinserhöhungen geplant sei. In 2006 werden ein, max. 2 Zinsschritte von jeweils 0,25 % erwartet. Aufgrund des somit weiter sehr günstigen Zinsniveaus sollte die derzeitige leichte Konjunktur daher nicht beeinträchtigt werden.

Die Anhebung des Tendersatzes bedeutet, dass kurzfristige Kredite (Dispositivkredite und Kassenkredite) teurer werden, da sich der Einkauf für die Kreditinstitute verteuert. Diese Teuerungsrate wird an die Verbraucher weitergegeben.

Der Aktienmarkt ist trotz der jüngsten Kurssteigerungen immer noch überwiegend günstig, so dass verzinsliche Titel auch im Jahr 2006 voraussichtlich unattraktiver sein werden als Aktien. Es sollte an dieser Stelle aber weniger über Einzeltitel (Stockpicking), wohl aber über Investmentfonds mit einem hohen Aktienanteil (Risikostreuung) als Beimischung im eigenen Vermögen nachgedacht werden.

Inländische Anleger sind mit Blick auf die schleppende Binnenkonjunktur aber auch aufgrund der vor einigen Jahren teilweise schmerzlichen Erfahrungen auf dem Aktienmarkt eher skeptisch, was die Anlage von Vermögen in Aktien betrifft. Dahingegen haben ausländische Anleger aufgrund der niedrigen Bewertung, aber auch aufgrund der strukturellen Veränderungen am Standort Deutschland die deutschen Aktien wieder entdeckt. Der Aktienmarkt Deutschland wird in ausländischen Anlegermagazinen als der attraktivste in ganz Europa eingeschätzt. Nur allein in den Monaten Mai - Juli 2005 wurden für einen Gegenwert von 72,1 Milliarden € Aktien von ausländischen Anlegern gekauft.

Herr **Wenge** wies darauf hin, dass die Aktie als Anlagealternative wieder zurück ist. Festverzinsliche Wertpapiere und auch andere verzinsliche Anlagen sind weiterhin die sicherste Anlage, jedoch bleiben die Zinssätze weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Dies bedeutet jedoch letztendlich auch, dass bei den Kreditzinsen nicht mit erheblichen Zinserhöhungen gerechnet werden muss.

Herr **Hunsdiak** fragte an, ob es aufgrund der hohen Zahl von ausländischen Aktienanlegern nicht zu einem Ausverkauf der deutschen Wirtschaft komme.

Herr **Wenge** erläuterte, dass es für den deutschen Aktienmarkt gut sei, dass er für Ausländer attraktiv ist, da die deutschen Anleger zurzeit keine Aktien kaufen würden.

In dem zweiten Teil seines Vortrages stellte Herr Wenge die Ausgangslage in Deutschland zu der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt unter der besonderen Berücksichtigung der Belange vor.

Die Anzahl der Behinderten und pflegebedürftigen Personen wird durch die entstehende Überalterung bei einer insgesamt schrumpfenden Gesellschaft in der Bundesrepublik steigen.

Allein bis zum Jahr 2020 ist mit einem Anstieg pflegebedürftiger Personen um rund 50 % (2003: 2,0 Millionen betreute Personen / 2020: 2,9 Millionen betreute Personen) zu rechnen. Im Jahr 2050 wird die Zahl der über 80-jährigen Personen von 3,5 Millionen auf 9,0 Millionen Menschen steigen.

Laut Personenbefragungen von 55- bis 75jährigen sind vor dem Hintergrund der möglichst großen Selbstständigkeit die Normalwohnung, die Normalwohnung mit Dienstleistungsangebot und der Umbau der bisherigen Wohnung mit Abstand die bevorzugten Wohnformen.

Idealerweise sollen die geeigneten Immobilien in der Nähe zu Verwandten und/oder dem bisherigen Wohnort liegen, um die vorhandenen sozialen Kontakte unverändert fortführen zu können.

Zwingende Voraussetzung ist daher die behindertengerechte Gestaltung des gemieteten bzw. eigenen Wohnraums (z.B. barrierefreien Zugang, Türbreite, ausreichend große Verkehrsflächen, verbreiterte Treppenhäuser, Aufzug etc.)

Beobachtungen der Sparkasse des durch sie finanzierten privaten Wohnungsmarktes zeigt einen generellen Trendwechsel von der früher eher favorisierten ‚Landflucht‘ zum Wohnen in der Stadt, um eine möglichst lange Sicherung der Nahversorgung (Ärzte, Lebensmittel, Kommunikation) zu erhalten.

Ältere Kunden veräußern oder vermieten die zu groß gewordenen Objekte, um in eine kleinere Wohnung zu ziehen, was für die Sparkasse hinsichtlich der Vermittlung von Wohneigentum ein sehr interessantes Geschäftsfeld schafft.

Bei dem Neubau von Eigenheimen/Eigentumswohnungen ist zu beobachten, das behindertengerechtes Wohnen unter dem Aspekt der Vorsorge für das eigene Alter bei den vorliegenden Neubauanträgen ein wichtiges Thema ist, da sich hier viele der notwendigen Voraussetzungen ohne großen Mehraufwand realisieren lassen.

Bei dem gewerblichen Wohnungsbau bzw. Bauträgermaßnahmen ist behindertengerechtes Wohnen auch Bestandteil der Beratung durch die Sparkasse, da eine derartige Ausstattung der Wohnung einen Vermarktungsvorteil darstellt. Die Einschätzung eines großen Bedarfes an behindertengerechten Wohnmöglichkeiten in der Zukunft wird von den Initiatoren uneingeschränkt geteilt.

Bezüglich laufender Anfragen im Hause führte Herr Wenge aus, dass zurzeit ein Projekt zur Errichtung von Eigentumswohnungen aufgelegt wird, in dem auch ein Pflegedienst bzw. eine Sozialstation als Service-dienstleister eingebunden werden soll.

Bei den letzten von der Sparkasse finanzierten Bauträgermaßnahmen sind die Anforderungen an das behindertengerechte Wohnen zu großen Teilen umgesetzt worden.

Es wird aus Sicht der Sparkasse zukünftig ein verbessertes Angebot auf dem Wohnungsmarkt für Behinderte entstehen, da auch Bauherren und Investoren das Thema zu Zwecken der eigenen Altersvorsorge oder aus finanziellen Interessen entdeckt haben.

Es besteht die Aussicht, dass die spezifischen Bedürfnisse Behinderter im Bereich des selbständigen Wohnens zukünftig besser berücksichtigt werden können, als dies zurzeit noch der Fall ist.

Zum Ende seiner Ausführungen wies Herr Wenge noch darauf hin, dass seit neuestem neben dem Gerät für Rollstuhlfahrer nun auch ein Geldautomat für Sehbehinderte im Gebäude der Sparkasse errichtet worden sei. Die Steuerung des Gerätes erfolgt bei Bedarf mit Hilfe von Kopfhörern, die auch in der Sparkasse geliehen werden können.

Frau **Borowiak** fragte an, ob anhand von Zahlen feststellbar ist, ob dieses Gerät angenommen wird.

Herr **Wenge** sagte hierzu, dass eine derartige Erhebung nicht möglich ist.

Zu TOP 2.

Zentrum für Patientenberatung in Trägerschaft des Kreises Unna
Referent: Herr Hartlieb, Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz
des Kreises Unna

Herr **Hartlieb** vom Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz des Kreises Unna stellte dem Gremium die Hintergründe der Entstehung des Zentrum für Patientenberatung vor.

Bei der 3. Kreisgesundheitskonferenz am 30.07.2003 wurde vereinbart, ein Expertengremium im Sinne eines Sachverständigenrates einzuberufen, dessen Hauptaufgabe die fachliche Beurteilung medizinischer Versorgungsbereiche in bevölkerungsmedizinischen, klinischen und ambulanten Sektoren sein soll.

Durch die fachliche Begleitung des Gremiums können Entscheidungshilfen für die Gesundheitskonferenz bei der Erarbeitung von einvernehmlichen Handlungsempfehlungen gegeben werden.

Dabei wurden folgende Professionen für die Zusammensetzung dieses Gremiums empfohlen: die Bevölkerungsmedizin, die klinische Medizin, die ambulante Medizin, die Zahnmedizin, Apotheker, Krankenkassen, gesundheitliche Selbsthilfe und die Gesundheitswissenschaft/Epidemiologie.

Die Geschäftsstelle der Kreisgesundheitskonferenz wurde ermächtigt, diesen Sachverständigenrat namentlich zu benennen und einzuberufen. Die erste Einberufung erfolgte am 16.12.2003.

Anhand des der Niederschrift beigefügten Zeitplanes stellte Herr Hartlieb den zeitlichen Rahmen der Entwicklung der Patientenberatung vor.

Eckpunkte der Vereinbarungen sind die Benennung der Partner und Mitglieder, der Grundsatz der Selbsthilfe auf Augenhöhe, verbindliche Kooperationsstrukturen, transparente und leicht verständliche Informationen und eine patientenorientierte Öffentlichkeitsarbeit.

Es sollen keine parallelen Versorgungsstrukturen geschaffen werden. Über die Aufnahme bzw. den Ausschluss von Partnern und Mitgliedern entscheidet der Sachverständigenrat.

Jedes Mitglied verpflichtet sich, einen Beitrag zu leisten. Dieser Beitrag kann in Form von Sprechstunden (z.B. die Vermittlung von Erfahrungswissen durch Selbsthilfegruppen), Vorträgen zu aktuell relevanten Themen, Aktionstagen, Öffentlichkeitsarbeit in Form von Gesprächskreisen oder Plakaten erfolgen.

Die Partner sollen anhand eines Selbstinspektionsbogen die Kriterien für die Beratungs- und Informationsqualität (BIQ) prüfen. Insbesondere ist darauf zu achten, ob die Ziele, Inhalte und Grenzen des Angebotes benannt werden, dem Bürger gegenüber verdeutlicht wird, wer die Beratung vornimmt und was konkret die Einrichtung bzw. Institution für Aufgaben hat, ob das Angebot niederschwellig und leicht verständlich ist und ob der Datenschutz und die Vertraulichkeit gewährleistet wird.

Seit September 2005 sind Beitrittserklärungen von Kooperationspartner im Umlauf. Aktuell wird zurzeit ein Halbjahresprogramm erstellt und eine Patientenbefragung vorbereitet. Am 21.01.2006 ist die Eröffnung im Gesundheitshaus Unna mit Präsentationen der Mitglieder und Partner vorgesehen.

Frau **van Lück** fragte an, warum die Heilberufe in den bisherigen Ausführungen nicht benannt worden sind.

Herr **Hartlieb** führte hierzu aus, dass in dieser Startphase bisher noch nicht alle möglichen Partner und Mitglieder vertreten sein konnten. Es besteht jedoch jederzeit die Möglichkeit, sich als Partner zu melden. Voraussetzung sei jedoch die Verpflichtung, einen entsprechenden Beitrag - z.B. in Form eines Vortrages etc. - zu leisten.

Zu TOP 3.

Anregungen aus den Behindertenverbänden

Frau **Hartig** regte an, das im Bereich der Bushaltestelle an der Unnaer Straße/Schleppweg eine Sitzgelegenheit angebracht wird.

Herr **Steffen** sagte zu, diese Anregung an die VKU weiterzugeben, da diese für die Ausgestaltung der Wartebereiche zuständig ist.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Steffen** informierte das Gremium über die mit der AWO getroffenen Vereinbarung über die Betreuung des Behindertenfahrstuhl im Bereich des Kamener Bahnhofs in der Zeit von 21.30 - 04.30 Uhr. Die Betreuung erfolgt aufgrund telefonischer Anforderung, wobei mit einer Wartezeit von maximal ca. 20 Minuten zu rechnen ist. Die Kosten für die Einsätze in Höhe von 10,00 € werden von der Stadt Kamen übernommen.

4.2 Anfragen

Die Anfrage von Herrn **Schlüter** bezüglich der Sitzgelegenheiten im Bereich des Bahnhofsvorplatzes beantwortete Herr **Steffen** dahingehend, dass hier ein entsprechendes Verfahren eingeleitet worden ist.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

- entfällt -

gez. Jung
Vorsitzende

gez. Steffen
Schriftführer